

86
N^o 4.

Streiflichter

auf die

materiellen Zustände und Bestrebungen in Deutschland.

Herausgegeben von D^r. J. C. Glafer.

Er scheint

wöchentlich ein Mal. — Preis
der Nummer 2 Kreuzer.

Zu haben:

Frankfurt in C. Naumann's Druckerei.
Berlin bei Louis Hirschfeld, Zimmerstraße Nr. 4.



Grundsätze für den künftigen Volkstarif Deutschlands.

(Fortsetzung.)

Wie die technischen Gewerbe, als Bedingung der Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung, in den allgemeinen Verhältnissen des Volkes einen sichern Boden finden müssen, so ist gleicherweise zu ihrer Blüthe ein sicherer und ausgedehnter Absatz nothwendig. Fabrikationszweige, welche nur der augenblicklichen Laune und den vorübergehenden Bedürfnissen dienen, sind mehr oder weniger dem Zufalle preisgegeben. Man gewinnt und verliert in Geschäften, welche darauf angelegt sind, wie in einer Lotterie. Solche Geschäfte entwickeln sich naturgemäß nur neben und im Gefolge einer übrigens in sich kräftigen Industrie. Diese zu pflanzen aber ist ein großer und andauernder Absatz erforderlich, und dieser wird wiederum nur möglich, wo Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs gefertigt werden. Nur wo großer Absatz ist, kann auch eine großartige Fabrikation stattfinden. Was dagegen nur Wenige gebrauchen und nur dann und wann, gibt weder eine zuverlässige Gelegenheit um Capital darin anzulegen, noch findet der Arbeiter dabei eine sichere Beschäftigung. Eine Eisengießerei, welche Dosen und Kochgeschirr macht, ist fester begründet, als eine, welche Nippsachen, Ringe, Schnallen, Vorstecknadeln u. s. w. fertigt, obgleich mit Waaren der letztern Art eine Zeit lang ein viel besseres Geschäft gemacht wurde. Die Mode, eisernen Schmuck zu tragen,

ist aber vorübergegangen, und die Fabriken, welche ihn anfertigten, existiren nicht mehr. Defen aber und Kochgeschirre braucht man heute noch eben so gut als vor fünfzig Jahren. Solche Fabriken kommen und gehen nicht wie die Frühlingsblumen, sondern sind wie Eichen, die den Stürmen der Zeit trogen. Wenn es gilt, in einem Lande die technischen Gewerbe zur Entfaltung zu bringen, so wird man deswegen ein wesentliches Augenmerk darauf zu richten haben, daß diejenigen Gewerbezweige Schutz finden, welche einen großen und andauernden Absatz haben, d. h. welche Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs verfertigen. Die englische Industrie unterscheidet sich von der französischen vorzüglich dadurch, daß diese Gegenstände des vorübergehenden Geschmacks, Modewaaren, jene aber Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs liefert. Es soll damit nicht gesagt seyn, daß man die Fabrikation der Modeartikel nicht ebenfalls zu berücksichtigen habe, allein es wird immer das Gewerbe zunächst und vorzüglich ins Auge zu fassen seyn, welches dem Capital und den Arbeitskräften eine anhaltende und lohnende Beschäftigung bietet. Auch würde man das Gesagte mißverstehen, wenn man glaubte, es sollten die groben und gewöhnlichen Waaren der nächsten und höchsten Berücksichtigung empfohlen werden. Dies ist nicht die Absicht gewesen. Der vornehme wie der geringe Mann hat Bedürfnisse und Gelüste. Die Fabrikation, welche die Bedürfnisse befriedigt, hat einen sichern und andauernden, die, welche auf die Gelüste berechnet ist, vorübergehenden Absatz. Ein Gewerbebetrieb kann eine großartige Gestalt nur gewinnen, wenn er den Bedürfnissen und nicht den Gelüsten dient. Wenn es sich demnach darum handelt, dem Gewerbfleiß Schutz zu gewähren, so ist dieser Gesichtspunkt von der höchsten Wichtigkeit.

Die verschiedenen Gewerbe eines Landes hängen aufs Genaueste mit einander zusammen, heben und tragen sich gegenseitig, und dieser Zusammenhang muß, bei der Anordnung von Schutzmaßregeln, ganz besonders berücksichtigt werden. Bald zieht ein Gewerbe das andere nothwendig nach sich, bald erleichtert und fördert das eine das andere. Wo Roheisen gemacht wird, kann die Stabeisensfabrikation nicht ausbleiben, wo Spinnerei ist, wird auch die Weberei sich einstellen. Roheisen und Garne können mit weniger Kosten unmittelbar am Erzeugungsorte oder in dessen Nähe weiter verarbeitet werden, als wenn sie erst die Kosten eines weiten Transportes tragen müssen.

Es sind nur ungewöhnliche Verhältnisse, welche die Ausfuhr von solchen Halbfabrikaten veranlassen. So hat der Zollvereinstarif die große Einfuhr von Roheisen und Baumwollengarn bewirkt. Eine andere Tarification, würde entweder den Hochofenbetrieb und die Spinnereien des Inlandes in den Stand gesetzt haben, den heimischen Markt zu versorgen, oder man würde statt der Halbfabrikate, die daraus verfertigten Waaren beziehen.

In einer andern Weise dienen Maschinenbauanstalten, chemische Fabriken, Färbereien u. s. w. zur Erleichterung des Fabrikbetriebes. Wer seine Maschinen vom Auslande muß kommen lassen und bei jeder größeren Reparatur ebenfalls sich dahin wenden muß, kann natürlich nicht so wohlfeil fabriciren als derjenige, welcher die sie in unmittelbarer Nähe hat und damit nach Bedürfnis Veränderungen vornehmen lassen kann.

Diese Hülfe, welche die Gewerbe einander gegenseitig gewähren, trägt vielmehr zu ihrer Entwicklung bei, als Schutzzölle, und darf daher nicht außer Acht gelassen werden.

(Fortsetzung folgt.)

Die sogenannte Arbeiterfrage.

Die große Bewegung, welche in diesem Jahre so mächtig die europäischen Staaten erschüttert hat und deren Ende noch nicht abzusehen ist, entspringt, Niemand kann sich dies verhehlen, aus den socialen Uebelständen, welche in diesen Staaten herrschen. Sie erhält ihre Nahrung durch die große Menge vorhandener Arbeitskräfte, welche entweder gar keine oder doch nur mangelhafte Beschäftigung finden, oder, mit andern Worten, die arbeitenden Klassen, welche den bei weitem größten Theil der Bewohner der Staaten bilden, sind wegen Mangel an lohnender Arbeit nicht im Stande, sich die nothwendigsten Bedürfnisse des Lebens zu verschaffen, geschweige denn sich der Genüsse einer behaglichen Existenz zu erfreuen. Um diesem Uebel zu steuern, hat man die mannichfaltigsten Vorschläge gemacht. Auswanderung, Ackerbaucolonien, Staatswerkstätten, Anlage von Straßen, Kanälen, Eisenbahnen und anderer öffentlicher Bauwerke,

Leihbanken, Unterstützungs- und Krankenkassen, Sterbeladen u. s. w. sind in Vorschlag gebracht worden. Wenn wir auch nicht läugnen wollen, daß in einzelnen Fällen derartige Einrichtungen auf eine kurze Zeit hilfreich einwirken können, so sind sie doch nicht geeignet, dem „socialen“ Uebel, an dem wir leiden, vollkommen zu steuern. Diesem aber muß ganz und vollkommen gesteuert werden, wenn es wieder zu einer geordneten und geseglichen Entwicklung der Verhältnisse kommen soll. Man mache sich doch nur klar, auf welchen Angelpunkten die ganze Bewegung vor sich geht, so wird man sich leicht sowohl von der Nothwendigkeit einer gänzlichen Heilung des Uebels, als auch von der Unzulänglichkeit einzelner Einrichtungen, welche dasselbe beseitigen sollen, überzeugen.

Wohin zielt denn letztlich diese Bewegung, welche wir unter unsern Augen vor sich gehen sehen? Offenbar doch auf eine vollkommene Gleichstellung aller Staatsbürger, auf eine solche Einrichtung der öffentlichen Verhältnisse, daß Niemand einen Vorzug vor dem Andern habe, es sey denn, daß er sich denselben durch seinen Fleiß, seine Thätigkeit, seine Ausdauer, kurzum, durch die Anwendung derjenigen Kräfte erworben habe, womit die Natur ihn ausgestattet hat. Diesem Ziele geht die Bewegung unaufhaltsam entgegen, und es ist eine arge Täuschung, wenn man sich einbildet, durch eine dieselbe hemmende Verfassung, durch die Einsetzung von Gerichten, durch Polizei- und Militärmacht sie aufhalten zu können. Tief in des Menschen Brust steht es eingegraben, daß er frei sey von Natur, daß er sich beherrschen solle lassen von Niemand, daß er, der alleinige Herr seines Willens, nur diejenigen Beschlüsse auszuführen habe, denen er selbst zuvor seine Zustimmung gegeben hat.

Wenn nun unlängbar die Bewegung nur dann aufhören kann, wenn es jedem Staatsbürger gestattet ist, an der Berathung der öffentlichen Angelegenheiten in einer bestimmten Weise Theil zu nehmen, so frage ich, wie dieß möglich seyn soll, so lange noch der größere Theil der Staatsbürger, nicht allein aus Mangel an der nöthigen geistigen Bildung, sondern sogar, um der Sorge für das kümmerliche tägliche Brod willen, aus Mangel an der nöthigen Zeit verhindert ist, an der Beschäftigung mit den Staatsangelegenheiten Theil zu nehmen? Alle Verfassungseinrichtungen können zu nichts helfen, so lange nicht Mittel gefunden sind, dem Grundübel zu

steuern; ja, je größer die Freiheiten sind, welche die staatlichen Einrichtungen gewähren, um so mehr werden sie bei denen, welche, aus Mangel an materiellen Mitteln, dieselben nicht mitgenießen können, Unzufriedenheit erwecken. Die Bewegung unserer Tage ist nur darum eine so mächtige, weil das Freiheitsbewußtseyn so allgemein verbreitet ist, sie ist nur darum so furchtbar, weil die Mittel, es zu befriedigen, so unzulänglich sind, und deswegen einen Umsturz aller Verhältnisse in Aussicht stellen. Diejenigen, welche sich bemühten, die Unwissenheit früherer Zeiten wieder zurück zu führen und Anstalten trafen, das Selbstständigwerden der Staatsbürger zu hindern und den Anwachs der Bevölkerung zu hemmen, haben wenigstens die Ursache der großen Bewegung der Gegenwart erkannt, wenn auch die Art, wie sie dieselbe behandelten, nicht mit den Grundsätzen des Rechts und der Humanität in Einklang gebracht werden kann; diejenigen dagegen, welche stets nur das Wort Freiheit im Munde führen und blindlings der Ausführung ihrer Zwecke entgegensteuern, ohne zuvor den materiellen Grund zur Freiheit gelegt zu haben, führen uns einer noch viel gefährlicheren Barbarei entgegen. Das Volk kann nicht politisch frei seyn, wenn es nicht materiell frei ist, weil es ihm sonst an der für die Freiheit nothwendigen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gebricht und nothwendig ein Werkzeug von ehrfurchtigen Parteihäuptlingen werden muß. Wenn demnach die Freiheit mehr als ein Wort, eine sogenannte schöne Idee, wenn sie, wie man sich ausdrückt, „eine Wahrheit“ werden soll, so kommt es vor allen Dingen darauf an, das Volk in materieller Beziehung frei, es selbstständig und unabhängig zu machen.

Der Wohlstand sowohl des ganzen Volkes als auch eines jeden Einzelnen unter demselben kann aber nicht durch irgendwelche staatliche Einrichtungen auf einmal hingezaubert, er muß erworben, er muß durch Arbeit geschafft werden. Alle Pläne und Planchen, welche gemacht werden, die Arbeit abzuschaffen, sind leere Vorpiegelungen, und alle Versprechungen, welche dahin zielen, sind nichtswürdige Betrügereien. Der Mensch wird frei nur durch Arbeit, das liegt einmal in der menschlichen Bestimmung, welcher wir uns nicht überheben können. Die Natur deckt uns nicht den Tisch, wie den Thieren, wir müssen ihn uns selber decken. Wenn man dies festhält, so verschwindet auch die Schwierigkeit, welche in

der sogenannten Arbeiterfrage gefunden worden ist. Diese Schwierigkeit ist nur dann vorhanden, wenn man darauf ausgeht, die Arbeit abzuschaffen. Sie wird alsdann aber auch zur Unmöglichkeit, weil der Mensch nur durch Arbeit seine Bestimmung erreichen kann.

Die Aufgabe, welche die sogenannte Arbeiterfrage zu lösen hat, ist nicht, Arbeit zu geben; denn weder ein einzelner Mensch noch irgend eine Versammlung ist im Stande die Mittel und Wege anzugeben, wie die einzelnen Staatsbürger ihre Arbeitskräfte verwenden sollen. Ein Recht auf Arbeit oder eine Pflicht des Staates Arbeit zu geben, ist deswegen ein Unding, weil es ohne eine gänzliche Aufhebung der persönlichen Freiheit, ohne eine vollständige Bevormundung nicht möglich wäre, und dennoch nicht das gewünschte Ziel, eine allgemeine Wohlhabenheit, herbeiführen würde, weil diese überall nur die Frucht persönlicher Anstrengung und Bemühung seyn kann. Was aber von Seiten des Staates geschehen kann und auch geschehen muß, ist, daß Jedermann Gelegenheit zur Arbeit verschafft werde, oder, was dasselbe ist, daß im Innern und nach Außen die positiven und negativen Hindernisse beseitigt werden, welche der Anwendung der Arbeitskräfte im Wege stehen. Welche Arbeit jeder, nach der so geöffneten freien Laufbahn als für sich zuträglich erachtet, ist seine eigene Angelegenheit, und hat der Staat weder die Pflicht noch das Recht, sich in dieselbe einzumischen. Jedermann wird auch mit solchen Einrichtungen zufrieden seyn, weil der Entwicklung seiner Kräfte kein Hinderniß entgegen steht. Auch in dieser Form wird zwar die Lösung der Aufgabe, namentlich in Deutschland, immer noch ihre sehr großen Schwierigkeiten haben, allein diese Schwierigkeiten zu überwinden liegt wenigstens in menschlicher Kraft. Die Freiheit und Macht des deutschen Volkes aber kann erst alsdann für begründet erachtet werden, wenn es der Centralgewalt gelingt, im Einverständnis mit der Nationalversammlung und den Einzelregierungen diese Lösung herbeizuführen.

Die bedrohte deutsche Einheit.

Die Hoffnung einer engeren Verbindung der deutsch-österreichischen Landestheile mit dem übrigen Deutschland zu einem bundesstaatlichen

Ganzen, welche stets als eine höchst schwierige betrachtet werden mußte und nur in der durch innere und äußere Kriege, welche der Kaiserstaat zu bestehen hatte, in Aussicht gestellten Spaltung des Reiches, eine Möglichkeit der Verwirklichung hatte, ist durch den Ausgang der Wiener Ereignisse als aufzugeben zu betrachten. Nicht allein wie man befürchtet hat, die Personen, welche jetzt zur Leitung des Staates berufen sind, setzen dieser Verbindung ein unübersteigliches Hinderniß entgegen, — denn das könnte beseitigt werden — sondern die Bevölkerung und deren vielfach bedrohte Interessen. Oesterreich — das gibt sich allgemein zu erkennen — kann nur als ein selbstständiges staatliches Ganze das ihm gesteckte Ziel verfolgen, und die außs Engste mit der nicht bloß auf die Person des Monarchen gestellten, besonderen realen Einheit verbundenen Interessen seiner Völkerschaften entwickeln und fördern. Seine Verbindung mit Deutschland wird daher niemals eine bundesstaatliche, sondern nur eine völkerrechtliche seyn können.

Abgesehen von den übrigen hier nicht zu erörternden Veränderungen, welche dadurch in der beabsichtigten Gesamtverfassung Deutschlands vorgenommen werden müßten, ist auch der Beschluß der Nationalversammlung, daß Deutschland ein Zoll- und Handelsgebiet bilden solle, nun nicht mehr ausführbar. Die so sehr wünschenswerthen Verkehrserleichterungen zwischen Deutschland und den österreichischen Ländern müssen deswegen auf eine vertragsmäßige Weise herbeigeführt werden.

Je schwieriger nun aber durch diese Sonderstellung Oesterreichs die Vereinigung der bisherigen Zollvereinsstaaten mit dem Steuerverein, Mecklenburg und den Hansestädten in materieller Beziehung wird, und je mehr zu befürchten steht, daß der englische Einfluß, welcher hier sich stets mit so vielem Glücke geltend gemacht hat, von neuem und mit noch mehr Energie hervortreten werde: um so nothwendiger wird es, daß die Stellung Oesterreichs zu dem übrigen Deutschland ins Reine gebracht und namentlich in handelspolitischer Beziehung vor allen Dingen geordnet werde. Dieß würde sich am leichtesten bewerkstelligen lassen, wenn das Handelsministerium beauftragt würde, sich mit der kaiserlichen Regierung in Verbindung zu setzen und diese Verhältnisse auf die schnellste Weise vertragsmäßig zu vereinbaren. Jede Bedingung, welche zu Gunsten des erleichterten Ver-

kehr's auf diese Weise herbeigeführt werden wird, ist ein Mittel, die auf's Stärkste ausgeprägten Sonderinteressen in den Uferstaaten der Nordsee zu versöhnen, während, wenn es nicht gelingt, Oesterreich in materieller Beziehung für Deutschland zu gewinnen, wir auch Gefahr laufen, daß die Nordseestaaten sich von der deutschen Einheit lossagen, es sey denn, daß man die deutsche Einheit auf Kosten des Wohlstandes des größten Theiles der deutschen Bevölkerung bewerkstelligen wolle.

Oesterreich wird sich weder durch schöne Reden gewinnen, noch durch drohende einschüchtern lassen. Es wird sein Interesse verfolgen. Es ist deswegen nöthig, daß auch wir das unsrige erkennen und durch praktische Beschlüsse verwirklichen lernen.

Der Tarifentwurf der Freihändler.

Abgeordnete des Handelsstandes aus den Städten: Memel, Tilsit, Königsberg, Elbing, Danzig, Colberg, Stolpe, Anklam, Swinemünde, Stettin, Wolgast, Uckermünde, Stralsund, Barth, Rostock, Wismar, Stargard. Neubrandenburg, Strelitz und anderen mecklenburgischen Städten, ferner aus Lübeck, Kiel, Altona, Hamburg, Lauenburg, Hannover, Harburg, Celle, Hildesheim, Hameln, Göttingen, Bielefeld, Emden, Oldenburg, Frankfurt a. M. und Leipzig haben den von ihnen ausgearbeiteten Entwurf zu einem Zolltarife für das vereinte Deutschland der Nationalversammlung überreicht.

Die leitenden Grundsätze des Tarif-Entwurfs sind nach der Einleitung folgende gewesen: 1) Zollbefreiung der nothwendigen Lebensmittel. 2) Bestimmung der Eingangsabgaben für sonstige Verzehrungsgegenstände (namentlich Colonialwaaren, Gewürze, Wein und Südfrüchte) unter Rückführung derselben auf das beim preussischen Tarif von 1818 ursprünglich stattgefundene Verhältniß des Zollbetrages zum Werthe der Waare, und mit Rücksicht darauf, daß die Abgabe bei keinem Artikel den niedrigsten Satz überschreite, bei dem die größte Zolleinnahme zu erwarten steht. 3) Zollbefreiung oder doch nur ganz niedrige (in der Regel 3 pCt. nicht übersteigende) Eingangsabgaben für Fabrikmaterialien und Halbfabrikate. 4) Bestimmung der Eingangsabgaben für Fabrikate nach dem Maßstabe von reichlich 10 pCt. des durchschnittlichen Werthes. 5) Aufhebung aller Ausgangsabgaben. 6) Fernhaltung jedes Schiffahrtsgesetzes und jedes Differentialzollsystems. — Dieser Tarif-Entwurf, welcher zugleich dem Reichshandelsministerium, sowie den hier anwesenden Regierungscommissarien zur Zollconferenz zugestellt worden, soll auch den Handelscorporationen aller noch nicht dabei theilhabenden wichtigeren Plätze mit der Aufforderung zu einer zustimmigen Erklärung demnächst zugesandt werden.